

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Stz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Befendinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 80 A
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Ueber die Organisationsverhältnisse, Stundenlöhne und täglichen Arbeitszeiten im Zimmererberufe Deutschlands

hat unser Zentralverband in den Jahren 1906, 1911, 1912 und 1913 eine Statistik erhoben und die Resultate publiziert (vergleiche „Der Zimmerer“ Nr. 25, Jahrgang 1914). In den Kriegsjahren 1914 und 1915 sind diese Erhebungen unterblieben, aber im Jahre 1916 sind sie wieder vorgenommen. An diesen Erhebungen haben sich 642 Zahlstellen beteiligt, die 893 Lohngebiete mit 10 014 Orten, 5498 Betrieben mit 24 713 Zimmerern, wovon 18 118 Verbandsmitglieder waren, umfaßten. Von den Lohngebieten mußten 112 ausscheiden, weil darin keine Zimmerer beschäftigt wurden, sondern nur Verbandsmitglieder wohnen. Es kommen also nur 781 Lohngebiete in Betracht. Von den 18 118 Verbandsmitgliedern waren 382 im Kriegsgebiet und 962 in andern Berufen beschäftigt, 348 waren krank und 79 ohne Arbeit, 16 347 waren hingegen als Zimmerer im eigentlichen Verbandsgebiet beschäftigt. Wie sich die im Verbandsbereich ermittelten Zimmerer auf die in Betracht kommenden Betriebe verteilen, zeigt die nachstehende Zusammenstellung:

Art der Betriebe	Anzahl der Betriebe	Anzahl der beschäftigten	
		Zimmerer	Verbandsmitglieder
Baubetriebe	2455	11027	7348
Zimmereibetriebe	2059	7461	5182
Betonbetriebe	302	2881	2215
Andere Betriebe	682	3844	1602
	5498	24713	16347

Demnach waren von je 100 ermittelten Zimmerern 66,17 Verbandsmitglieder, im Jahre 1913 waren von je 100 ermittelten Zimmerern 73,80, im Jahre 1912 74,20, im Jahre 1911 59,16 und im Jahre 1906 69,01 Verbandsmitglieder. Auf je zwei organisierte Kameraden kommt immer noch ein unorganisierter. Das Verhältnis war, wie wir sehen, mit Ausnahme im Jahre 1911, in früheren Jahren besser. Gewiß, in den verschiedenen Arten von Betrieben ist auch das Organisationsverhältnis verschieden. Von je 100 in den Baubetrieben ermittelten Zimmerern waren 66,64, von je 100 in den Zimmereibetrieben ermittelten Zimmerern 69,45, von je 100 in den Betonbetrieben ermittelten Zimmerern 76,88, und von je 100 in andern Betrieben ermittelten Zimmerern 47,91 Verbandsmitglieder. Hinzu kommt, daß die Veränderung der Produktion auch eine starke Verschiebung der Zimmerer im Gefolge hatte. 1541 Verbandsmitglieder gehörten einer andern Zahlstelle an, als derjenigen, in deren Bereich sie beschäftigt waren. Bei solchen Verschiebungen pflegt auch das Organisationsverhältnis sich zu lockern. Es kommt dann darauf an, daß auf den Baustellen Agitation betrieben wird und die Verbandsbücher regelmäßig gegenseitig kontrolliert werden. Es scheint nicht so, als ob dies allermwärts geschehen wäre, sonst würde das Organisationsverhältnis sicherlich besser gewesen sein.

Auf mangelhafte Organisation an manchen Stellen deuten auch die Verschiedenheiten in den Lohnerhöhungen hin, die im Jahre 1916 erzielt worden sind. Während bei unsern Erhebungen 781 Lohngebiete festgestellt worden sind, wo 16 347 Verbandsmitglieder in Arbeit standen, sind nur in 725 Lohngebieten mit zusammen 15 775 Verbandsmitgliedern die Löhne erhöht worden, obgleich die zentralen Vereinbarungen vom 3. und 4. Mai 1916 allermwärts hätten durchgeführt werden müssen. Während in 56 Lohngebieten mit zusammen 472 Verbandsmitgliedern gar keine Lohnerhöhungen stattgefunden haben, bleiben in 108 Lohngebieten mit zusammen 606 Verbandsmitgliedern die eingetretenen Lohnerhöhungen unter dem vereinbarten Mindestansatzschlag von 7 A pro Stunde zurück. Die Erhöhungen der Stundenlöhne im Jahre 1916 betragen:

1 A in	2 Lohngebieten mit	8 Mitgliedern
2	17	118
3	18	73
4	22	88
5	35	196
6	14	123
7	130	946
8	16	146
9	8	55
10	356	8079
11	35	2507
12	12	201
13	8	229
14	6	1327
15	6	409
16	8	33
18	1	5
19	2	199
20	6	95
21	3	226
22	1	11
23	3	62
24	1	62
25	3	56
26	1	4
29	1	80
30	4	62
32	9	347
37	2	28

Diese Gruppierung der Lohnerhöhungen nach Lohngebieten unterscheidet sich von der im „Zimmerer“ Nr. 25 gegebenen, nach Zahlstellengebieten geordneten Gruppierung, weil der Bereich vieler Verbandszahlstellen in mehrere Lohngebiete mit verschiedenen Stundenlöhnen sich gliedert. Die im Jahre 1916 tatsächlich gezahlten Stundenlöhne veranschaulicht die nachstehende, mit Aufzählungen von 5 A zu 5 A geordnete Zusammenstellung:

Stundenlöhne	Lohngebiete	Verbandsmitglieder
36 bis 40	14	39
41 " 45	28	151
46 " 50	46	251
51 " 55	120	857
55 " 60	148	1871
61 " 65	187	2306
66 " 70	88	1478
71 " 75	86	2245
76 " 80	43	1962
81 " 85	47	2814
86 " 90	8	994
91 " 95	6	400
96 " 100	4	1140
101 " 105	6	339
	781	16347

Der Durchschnitt aller Stundenlöhne dieser 16 347 Verbandsmitglieder beträgt 74,84 A; er ist 0,46 A geringer als der in Nr. 25 des „Zimmerer“ errechnete. Seit dem Jahre 1913, wo die Stundenlöhne auf demselben Wege ermittelt worden sind wie im Jahre 1916, wurden die tariflichen Stundenlöhne im Durchschnitt um 15,61 A erhöht. Der ermittelte Durchschnitt aller tatsächlich gezahlten Stundenlöhne erhöhte sich in der gleichen Zeit aber um 16,47 A. Wie sich seit 1913 der Durchschnitt aller gezahlten Stundenlöhne in den preussischen Provinzen und Bundesstaaten entwickelte, zeigt die nachstehende Tabelle:

Preussische Provinzen	Der durchschnittlich gezahlte Stundenlohn	
	1916	1913
Ostpreußen	88,37	55,44
Westpreußen	69,65	52,64
Brandenburg	87,11	63,78
Pommern	65,36	52,13
Posen	65,04	50,76
Schlesien	63,18	47,91
Provinz Sachsen	68,89	51,37
Schleswig-Holstein	83,17	66,03
Hannover	73,77	57,46
Westfalen	69,60	59,06
Westfalen	74,57	59,00
Rheinland	83,89	64,36
Preußen insgesamt	75,81	56,95

Bundesstaaten	Der durchschnittlich gezahlte Stundenlohn	
	1916	1913
Preußen	75,81	56,95
Bayern	73,03	59,13
Rheinpfalz	75,95	64,17
Sachsen	75,55	59,51
Württemberg	75,29	58,71
Baden	75,37	60,79
Hessen	70,35	54,06
Mecklenburg-Schwerin	59,76	49,81
Weimar	61,57	48,75
Mecklenburg-Strelitz	58,69	47,69
Oldenburg	75,32	60,24
Braunschweig	67,45	53,30
Meiningen	53,78	45,62
Altenburg	63,93	50,10
Coburg-Gotha	57,01	46,86
Anhalt	62,38	50,77
Schwarzburg-Rudolstadt	49,58	40,79
Schwarzburg-Sondershausen	56,73	46,25
Waldeck	56,00	43,19
Reuß ältere Linie	63,00	48,07
Reuß jüngere Linie	65,85	50,22
Lippe-Deimold	—	48,35
Schaumburg-Lippe	58,40	46,11
Lübeck	82,00	68,88
Bremen	79,70	69,65
Hamburg	97,62	85,05
Elb-Lothringen	73,77	61,21
Deutsches Reich	74,84	58,37

* Im Bundesstaat Lippe-Deimold waren im Jahre 1916 gar keine Verbandsmitglieder beschäftigt.

Die tägliche Arbeitszeit in den Sommermonaten betrug:

11 Stunden in	1 Lohngebiet mit	1 Mitglied
10½ " " 2 Lohngebieten	70	7826
9½ " " 9 " "	78	"
9¼ " " 81 " "	4592	"
9 " " 39 " "	3780	"

Von je 100 Verbandsmitgliedern arbeiteten in den Sommermonaten pro Tag:

Arbeitszeit	1916	1913
11 Stunden	0,01	0,88
10½ "	0,42	0,24
10 "	47,87	66,20
9½ "	0,48	0,29
9¼ "	28,10	14,95
9 "	23,12	17,44

Für 593 Lohngebiete mit 13 929 Verbandsmitgliedern war der Reichstarifvertrag, für 84 Lohngebiete mit 1846 Verbandsmitgliedern waren lokale Tarifverträge maßgebend, und für 104 Lohngebiete mit 572 Verbandsmitgliedern bestanden keine tariflichen Vereinbarungen.

Alles in allem: Für unsere Organisation im Zimmererberufe bleibt noch recht viel zu tun übrig. Aber wie die vorstehenden Zahlen zeigen, fehlt es auch nicht an Organisationsaufgaben im Verbandsbereich. Unsere Berufsgenossen und Verbandskameraden für beides zu interessieren, ist der Zweck der vorgeschlossenen Arbeit. Sobald wieder Erhebungen veranstaltet werden, muß sofort nachgefaßt und auf die noch unorganisierten Berufsgenossen eingewirkt werden, damit sie sich unserm Zentralverband als Mitglieder anschließen, und es darf dann nicht nachgelassen werden, bis auch der letzte unserm Zentralverband angehört. Gerade jetzt, wo infolge des langwierigen Krieges das Versammlungsleben an recht vielen Orten darniederliegt, ist es Aufgabe eines jeden Verbandskameraden, auf der Arbeitsstelle für unsern Zentralverband Agitation zu betreiben.

Um festzustellen, wie die zentralen Vereinbarungen vom 27. August 1917 durchgeführt worden sind, werden in den nächsten Wochen Erhebungen veranstaltet, die mit einer Agitation für unsern Zentralverband verknüpft werden sollen. Das dazu notwendige Material wird den Zahlstellenvorständen durch die Gauleiter zugestellt.

Tastversuche.

Die Verhandlungen des Haushaltsausschusses in der vorigen Woche gehören mit zu den denkwürdigsten, die im Reichstage jemals geführt worden sind, hoffentlich auch zu den fruchtbringendsten. Das A und das B der Bestrebungen, die der Reichstag zunächst in der inneren Politik zur Durchführung zu bringen hat, ist die Demokratisierung unseres Staatswesens. Auch die parlamentarische Regierungsweise ist nur ein Teil des demokratischen Systems, das an Stelle des geltenden autokratischen und bürokratischen gesetzt werden soll. Friedrich Naumann hat zwar in seiner neuesten Druckschrift die Behauptung aufgestellt und als erwiesen zu begründen versucht, daß wir in Deutschland mindestens das gleiche Maß an staatsbürgerlichen Freiheiten genießen wie die Bewohner Frankreichs und Englands, und das Zerbild, welches in der Entente-Prese über die innerpolitischen Zustände Deutschlands entworfen wird, ist zweifellos in vielen Punkten verschroben; aber das alles schafft nicht die Tatsache aus der Welt, daß im Reiche wie in einzelnen Bundesstaaten noch verfassungsmäßige Rechtszustände zu finden sind, die jeder modernen Auffassung ins Gesicht schlagen.

Es braucht gar nicht daran erinnert zu werden, daß beispielsweise die beiden Großherzogtümer Mecklenburg noch keine aus Wahlen hervorgehende Volksvertretung besitzen. Auch im Reiche, dessen Wahlrecht allerdings freier und demokratischer ist als das englische, bestehen noch arge Mißstände, die der Beseitigung dringend bedürfen. Da ist in erster Linie an die Einflußlosigkeit der Volksvertretung auf die Befestigung der höchsten Staatsämter zu denken. Befinden sich unter den fünfundsiebzig deutschen Bundesstaaten neben zweiundzwanzig erblichen Monarchien nur drei Republiken, nämlich die drei Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen, ist also in den weitaus meisten deutschen Bundesstaaten das Volk von vornherein von der Einflußnahme auf die Person, in deren Händen die oberste Regierungsgewalt gelegt ist, ausgeschlossen, so sollte doch wenigstens bei der Wahl des leitenden Ministers das Volk durch seine parlamentarische Vertretung mitwirken dürfen. Auch das ist nicht der Fall. Weber die Wähler noch ihre Vertreter werden befragt, sondern die Träger der Kronen besetzen die Posten der leitenden Staatsämter ganz selbständig, und die Wähler müssen abwarten, auf wen die Wahl fällt.

Im Reiche hat die Wahl des Dr. Michaelis zum Reichskanzler berechtigtes Erstaunen ausgelöst. Kein Mensch hatte mit ihm als dem kommenden Ranke gerechnet. Daß ihm von gefügigen Hebern bereitwillig Vorschußloberbeeren gewidmet wurden und daß man einige Stunden nach seiner Ernennung lesen konnte, er sei der geeignetste Mann, die Reichsgeschäfte zu leiten, waren noch kein Beweis dafür, daß das der Fall ist. Auch die Hervorhebung des Umstandes, daß er und die bald darauf ernannten sieben Staatssekretäre und preussischen Minister fast ausschließlich bürgerliche seien, konnte nur bei recht Naiven die Meinung erwecken, nunmehr sei bereits ein wichtiger Schritt in der Demokratisierung unseres Staatslebens zurückgelegt worden. Der bürgerliche oder adlige Name der leitenden Staatsmänner ist nicht entscheidend. Mancher Junker ist demokratischer als mancher Bürgerliche; die wichtigsten demokratischen Reformen vor hundert Jahren verbanden Preußen dem Freiherrn vom Stein. Wichtiger als sein bürgerlicher Name wäre gewesen, daß Dr. Michaelis demokratisch denkt. Das ist leider ganz und gar nicht der Fall. Seine konservative Richtung wird vielmehr noch verstärkt durch einen starken religiösen, positiv kirchlichen Einschlag. Als er in seiner Antrittsrede im Reichstage am 10. Juli die bekannten Worte, „wie ich sie auffasse“, in seine Zustimmung zur Friedensresolution einschob, hat er das unmittelbar darauf damit erklärt, er habe geglaubt, diesen Zusatz seinem Gotte und seinem Gewissen schuldig zu sein. Es wäre schon besser, ein Reichskanzler betrachtet das Verhältnis zu seinem Gotte als eine Privatangelegenheit und schaltet es bei seinem Wirken als Staatsmann aus.

Es soll keinen Augenblick bezweifelt werden, daß Michaelis den durchaus ehrlichen Willen hat, den Zeitumständen gerecht zu werden. Aber der gute Wille reicht nicht aus; es müssen der sichere Blick und die Fähigkeit, das Gewollte zu verwirklichen, hinzutreten. Da hapert's beim neuen Kanzler. Als Bethmann zurücktreten mußte, geschah es, weil sich um seinen Namen in den Augen des Auslandes ein Dunstkreis von Zweideutigkeit und Unselbständigkeit gelagert hatte. Sein Nachfolger hatte deshalb die Aufgabe, alles, was er sagte und tat, in so kristallklarer Reinheit und Schärfe hervortreten zu lassen, daß auch der übelste Wille an dem Versuche scheitern mußte, den Worten und Taten verschiedene Auslegung zu geben. Das war des neuen Kanzlers, mochte er bürgerlichen oder adligen Namen tragen, wichtigste Aufgabe. Dr. Michaelis hat sie nicht gelöst. Sein verhängnisvolles „wie ich sie auffasse“ hat im Inlande wie im Auslande der Behauptung, die deutsche Reichspolitik sei hinterhältig, billigen Vorschub geleistet, und die Schlussworte seiner Antrittsrede, er werde sich die Führung der Geschäfte

nicht aus der Hand nehmen lassen, war weit davon entfernt, entstandene Zweifel zu zerstreuen.

Hatte sein erstes Auftreten dem Auslande gegenüber nicht die dringend erforderliche Wirkung gehabt, so vergriff er sich auch in den Maßnahmen der inneren Politik. Was er unternahm, waren ungenügende und unbefriedigende Halbmheiten. Sollte das erste gesellschaftliche Zusammenreffen des Kaisers mit Parlamentariern im Garten des Reichsamtes des Innern auf eine Anregung des Dr. Michaelis zurückzuführen sein, was sehr zu bezweifeln ist, so würde auch das erkennen lassen, wie wenig er den Ernst der inneren Lage zu erfassen vermag und daß er sich völlig täuscht, wenn er meint, mit solchen Mitteln die vorhandene, wachsende nicht geringe Spannung im Innern entladen zu können. Noch viel verderblicher war sein Bekenntnis im Haushaltsausschusse am 22. August, er habe sich nicht auf die Friedensresolution des Reichstages festgelegt und in den Vorbesprechungen über dieselbe diese Auffassung auch zum Ausdruck gebracht. Das letztere wurde sofort von den Parteivertretern, die im Juli mit ihm die Verhandlungen geführt hatten, einmütig bestritten, und das „nicht festgelegt haben“ mußte sofort unter Preisgabe der Worte „wie ich sie auffasse“ vom Kanzler nachgeholt werden. Aber der Eklat war doch für das Ausland gegeben, und der neue Reichskanzler erscheint unsern Feinden nach dreiwöchiger Amtsführung schlimmer belastet, als Bethmann nach drei Kriegsjahren es war.

Dieselbe unbefriedigende Tasteri macht sich beim neuesten Schritt des Kanzlers bemerkbar. Am 18. August ließ er durch die „Nordb. Allg. Ztg.“ verkünden, er werde am 21. August im Haushaltsausschusse eine politische Rede zur Papstnote halten. Der 21. August kam; die Welt spannte auf die Rede, aber die Rede kam nicht, sondern die Eröffnung, es müßten erst Vereinbarungen mit den Verbündeten getroffen werden, doch solle dem Reichstage entscheidenden Einfluß eingeräumt bleiben; das Nähere werde noch bekanntgegeben werden. Zwei Tage darauf wurde „das Nähere bekannt“, daß nämlich ein Sonderausschusse des Reichstages von sieben Mann mitwirken solle. Schon das befriedigte nicht. In letzter Stunde erfuhr man zudem, daß außer den sieben Abgeordneten auch noch sieben Mitglieder des Bundesrates an der Beantwortung der Papstnote teilnehmen werden. Was dabei herauskommen wird, trotz aller vom Kanzler erklärten „Sympathie“, wird man ja sehen.

Bei Erledigung der elsäß-lothringischen Frage, bei Einlösung der preussischen Wahlrechtsfrage, bei den weiteren Schritten zur Parlamentarisierung der Reichsmaschinerie dieselben ungenügenden und unbeholfenen Tastversuche. Das ist nicht das, was das deutsche Volk erwartet und verlangt, worauf es ein volles Anrecht erworben hat und von dem es um keines Striches Breite abzuweichen gewillt ist. Zum Hinüberpendeln ist keine Zeit mehr. Kein Takt, sondern geradliniges Handeln in der Richtung strenger Demokratisierung ist das Gebot der Stunde. Wird ihm der Kanzler nicht gerecht, so wird er in dem dann unvermeidlichen Konflikt unterliegen, und die „Führung“ wird aus seinen Händen gleiten, mag er wollen oder nicht.

Zur Frage der Mietsteigerungen.

(Vom Deutschen Wohnungsausschusse.)

Seit einiger Zeit sind die Hausbesitzerorganisationen bemüht, unter Androhung der Wohnungseinstückung eine planmäßige Erhöhung der Mieten durchzusetzen. Nach den Mitteilungen der Tagespresse sind in sehr zahlreichen Gemeinden Groß-Berlins auf Veranlassung der Hausbesitzervereine und -verbände in großem Umfange Mietsteigerungen erfolgt, von denen viele über die empfohlenen Steigerungssätze von 10 bis 25 pZt. noch hinausgehen. Trotz der Verlängerung der Umzugsfristen befürchtet man, daß am 1. Oktober in manchen Stadtbezirken Groß-Berlins viele Familien keine Wohnung finden werden. Auch mit der wachsenden Abneigung der Hausbesitzer, an Kriegesfamilien zu vermieten, muß gerechnet werden. Ähnliche Zustände werden auch in anderen Städten erwartet, nachdem sich auch dort die Hausbesitzervertretungen zu ähnlichem Vorgehen entschlossen haben. So hat zum Beispiel nach Pressemitteilungen der Verband der Haus- und Grundbesitzervereine für das rheinisch-westfälische Kohlenrevier zu Geisenkirchen bereits Ende Mai seinen Mitgliedern eine allgemeine Erhöhung der Mieten empfohlen, woraufhin dann alsbald der Dortmunder Haus- und Grundbesitzerverein eine allgemeine Erhöhung der Mieten um 15 pZt. beschlossen hat. Aus zahlreichen Gegenden Deutschlands, so aus Graubünden, Hamburg, Altona, Erfurt, Merseburg, Waupen, Suhl, Koblau, Wattenstein, Günzigfeld, Pforzheim, wird über beschlossene oder beabsichtigte allgemeine Mietsteigerungen und über die besondere Notlage der Mieter berichtet.

Die Mieter haben sich gegen dieses planmäßige Vorgehen der Hausbesitzer in einzelnen Städten bereits zur Wehr gesetzt. So haben sich der „Schutzverband der Geschäfts- und Privatmieter von Steglitz und Umgebung“ und der „Mieterverein des Groß-Berliner Westens“ mit einer Eingabe an das Oberkommando in den Marken gewandt mit dem Ersuchen, eine allgemeine Mietsteigerung zu verbieten. Der Charlottenburger Mieterverein verlangt in einer Witzschrift an die maßgebenden Behörden und an die Parlamente im Reich und in Preußen das vorläufige Verbot von Mietsteigerungen in Groß-Berlin bis zu einem bestimmten Jahresmietzins, etwa bis zu M 2000, ferner das Verbot von unbilligen Kündigungen und die Entschekung von

Streitigkeiten durch paritätisch zusammengesetzte Mietemittlungsämter. Er hat gleichzeitig das Oberkommando um vorläufige Schutzmaßnahmen. Ferner hat sich der aus zahlreichen Vereinen und Verbänden bestehende „Christlich-nationale Ausschusse für soziale Angelegenheiten“ in Groß-Berlin mit einer ausführlichen Eingabe an das Oberkommando in den Marken gewandt und um schleunige Inangriffnahme einer Regelung dieser Frage, insbesondere aber um die Einführung einer Anzeige- und Genehmigungspflicht für alle Mietsteigerungen erucht. Die Berliner Gewerkschaftskommission will ebenfalls in einer Eingabe an das Oberkommando darlegen, daß weite Kreise der Arbeiterbevölkerung unter Mietsteigerungen von 10 pZt. und mehr gerade gegenwärtig sehr leiden würden, und sie will ferner den Bundesrat um ein Verbot jeglicher Mietsteigerungen während des Krieges eruchen. Auch im Reichstage ist die Frage der Mietsteigerungen bereits behandelt worden: einmal durch eine kleine Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Göhre und sodann neuerdings durch eine sozialdemokratische Interpellation.

Die Antworten der von Abhöle angegangenen öffentlichen Stellen lauten verschieden. Das Oberkommando in den Marken weist darauf hin, daß eine befriedigende Regelung der Angelegenheit für das Wirtschaftsgebiet von Groß-Berlin auf Grund der Zuständigkeit der militärischen Befehlshaber nicht möglich sei, hat aber die Eingaben dem Reichsamt des Innern überwiesen. Auf die Anfrage Göhres im Reichstage erklärte Ministerialdirektor Dr. Sawald, daß Einrichtungen getroffen werden sollen, die im Einzelfalle Abhilfe schaffen. Nach einer offiziellen Notizricht schweben hierüber Verhandlungen im Bundesrat. Auf die sozialdemokratische Interpellation erwiderte Staatssekretär Helfferich, indem er unter Abwägung der Lage der Hausbesitzer wie der Mieter Maßnahmen gegen unangebrachte Mietsteigerungen in Aussicht stellte. — Die Gemeinden haben bisher nur vereinzelt zu der Frage der Mietsteigerung Stellung genommen, so der Magistrat und die Stadterordnetenversammlung in Charlottenburg.

Wie man aus dem Vorstehenden erhellt, hat die ganze Frage schon eine ziemlich breite Ausdehnung gewonnen; aber trotzdem ist sie anscheinend in ihrer grundsätzlichen Bedeutung noch nicht richtig gewürdigt worden. Offenbar stehen wir nämlich erst am Anfang der Mietsteigerungen, weitere umfassende und starke Steigerungen sind zu befürchten. Eine solche Entwicklung hätte aber etwas ungemein Ernstes, sowohl für die Zeit im Kriege wie auch für die Zeit nachher, zumal die Mietsteigerungen in vielen Fällen zugleich auf eine unerbittliche Bereicherung der Hausbesitzer hinauslaufen würden. Hier den richtigen Ausgleich zu finden, ist eine ebenso verwickelte wie bedeutungsvolle soziale Aufgabe, deren Lösung auf die Dauer aber wohl kaum durch Genehmigungspflicht und Verbote allein wird erfolgen können, sondern zu der es vor allem auch großer positiver Maßnahmen der Wohnungspolitik bedürfen wird.

Uebergangswirtschaft und Arbeiterfrage.

S. A. K. Wer immer über dieses große Gebiet sich unterrichten will, der sollte an einer Abhandlung aus bürgerlicher Feder nicht vorübergehen: an der Arbeit obigen Titels, die Dr. Gerhard Albrecht zuerst im „Preussischen Verwaltungsblatt“ erschienen ließ und die nun seit wenigen Wochen im Sonderabdruck als Broschüre vorliegt. Nicht, daß diese Schrift für alle Fragen des Problems die nur zu akzeptierende Müß und klare Lösung weist. Dazu ist der Verfasser wohl auch nicht imstande, zumindest reicht dazu der Raum einer kleinen Broschüre nicht aus. Aber es ist schon ein hoher Gewinn, erst mal die vielen Seiten des Problems und die ins Auge gefassten Pläne zu sehen. Und dies vermittelt die Schrift auf kleinem Raum in einer reichen Weise. Und ein weiterer Gewinn ist der überzeugende Eindruck, den sie hinterläßt von der Notwendigkeit einer starken, geschlossenen Arbeiterbewegung. Wir kommen beim Friedensschluß vor einem schier unabhärbaren Feld unmittelbarer praktischer Aufgaben zu stehen, die aber, um richtig gelöst zu werden, schon vorher abgeklärt und in Angriff genommen sein müssen. Unsere volle Mitarbeit hierbei liegt im dringendsten Interesse der Arbeiterschaft. Und je geschlossener wir daran gehen, um so besser werden die Erfolge sein.

Dr. Gerhard Albrecht legt einen großen Wert auf die Betonung, daß der Boden für die große Umgestaltung nicht erst beim Frieden, langsam Schritt für Schritt, gesucht werden müsse, sondern daß umgekehrt zu verfahren sei, als es Ende 1914 und Anfang 1915 der Fall war. Die Notwendigkeit der Vorbereitung auf den Tag, wo unsere Heere heimkehren, hat das Reich in der Bestellung eines Reichskommissars für Uebergangswirtschaft und eines ihm zur Seite stehenden Beirats anerkannt. Für die ihnen obliegende Arbeit hat der Staatssekretär Dr. Helfferich in großen Zügen ein Programm entwickelt, bei dem er die Arbeiterfrage, die Rohstofffrage und die Kreditfrage als die Hauptprobleme der Uebergangswirtschaft kennzeichnete. Dr. Albrecht hält die Arbeiterfrage, das heißt die Eingliederung der heute im Felde Stehenden irgendwie in den Wirtschaftsorganismus, als die wichtigste unter den dreien. Aber er findet, daß sie heute noch hinter die beiden anderen Fragen zurückgestellt ist. Die bisherigen Verhandlungen in dem Reichstagsausschusse für Handel und Gewerbe, dem die Fragen der Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft überwiesen worden sind, bestärken ihn in dieser Auffassung. Diese Verhandlungen lassen erkennen, daß das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft fast ausschließlich eine Zentrale für die wirtschaftlich-technische Durchführung der Rohstoffversorgung darstellt; seine Mitarbeiter sind lediglich aus den Kreisen der Finanz, des Handels, Gewerbes und Transportgewerbes berufen worden; die notwendige Zugabe von Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenverbände wenigstens in den Beirat für Uebergangswirtschaft fand wenig Gegenliebe beim Staatssekretär Dr. Helfferich, der in einer einleitenden Rede die Arbeiterfrage auch nur ganz lose streifte. Ebenjowenig

Hoffnung erweckend war auch die Haltung eines Unterstaatssekretärs während dieser Verhandlungen. (Und, so fügen wir hinzu, auch die Haltung des berufenen Reichskommissars. Auch er bekämpfte die von einem unserer Arbeiterabgeordneten verlangte Einziehung von Arbeitern in die Selbstverwaltungskörper für die einzelnen Industrien.) Gerade hier aber sei es unbedingte Notwendigkeit, das Problem bis in Einzelheiten wenigstens so weit zu durchdringen und vorzubereiten, daß es möglich ist, die heimkehrenden Krieger nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten des Dankes zu empfangen, die darin bestehen, daß man ihnen das wieder gibt, was sie bei ihrem Ausrücken daheim verlassen mußten, also in erster Linie ihre Wohnstätte und ihre Berufsarbeit. Es gelte also, eine stärkere Aussprache hierüber in der Öffentlichkeit seitens aller, die durch ihre Erfahrung und ihr Wissen über dieses Problem etwas zu sagen haben, herbeizuführen. Es sei notwendig, zu den Besprechungen und Vorarbeiten und in den Berat und sonstigen Ausschüssen die Männer der organisierten Arbeiterschaft mit heranzuziehen.

(Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich bekanntlich schon auf ein gemeinsames, ausführliches Programm von Forderungen zur Uebergangswirtschaft geeinigt und es kürzlich dem Bundesrat eingereicht. Und zum Beispiel der Textilarbeiterverband setzte auf seiner kürzlich stattgefundenen Generalversammlung eine Kommission mit der Aufgabe ein, die Frage der Uebergangswirtschaft für die Textilindustrie besonders zu studieren und den gesetzgebenden und gesetzdurchführenden Körperschaften mit Material an die Hand zu geben. D. W.)

In das Programm für Uebergangswirtschaft sei unverzüglich die Wohnungsfrage mit aufzunehmen. Schon die Wohnungsnot aus der Zeit nach dem Kriege 1870/71 solle uns Warnung sein. Zahlreiche Momente sprechen aber auch jetzt dafür, daß die vorhandenen Kleinwohnungen bei weitem nicht der Nachfrage genügen, die nach dem Kriege entsteht wird. Einen Anhalt dafür ergeben die Kriegstroungungen. Die vielen Kriegsgetrauten der unteren Schichten, soweit sie davon absehen mußten ein eigenes Heim zu gründen, werden nach dem Kriege ihre eigene Wohnung haben wollen. Viele, die unter andern Verhältnissen eine größere und bessere Wohnung gewählt haben würden, werden mit einer kleinen Wohnung anfangen müssen. Zahlreiche Ehen, die aus Anlaß des Krieges aufgeschoben wurden, werden nach seiner Beendigung sofort geschlossen werden. Viele, zum Beispiel aus den Kreisen der „Heimkehrer“, werden unter dem Druck der Verhältnisse sich einschränken und eine kleinere Wohnung suchen müssen. In den Großstädten und Industriezentren ist damit zu rechnen, daß infolge der Arbeitskonzentration der Kriegsinindustrie der Vorrat an Kleinwohnungen dezent erschöpft ist, daß er dem Bedarf der Heimkehrenden in keiner Weise genügt.

Die Lösung der Aufgabe, die hier erhebt, darf nicht am Kostenpunkt scheitern. Und auch dann noch sei es schwer, einen Weg zu finden, der ein monatelanges Probatorium vermeiden läßt. Es fehlt heute an Baumaterial, es fehlt an Arbeitskräften. Aber an einem darf es nicht fehlen: daß mit dem Augenblick, da die Arbeitskräfte in Heberfülle im Lande sind, die Arbeit beginnen kann. Hierzu gehört, daß die Baugewerkschaften Land und Bewohnungsplan bereit haben; daß die Städte mit den Ausschließungen von Land und den Siedlungsplänen fertig sind; daß Reich und Staat das zum Bauen nötige Geld bereitgestellt und eine Kreditorganisation geschaffen haben, die eine glatte Abwicklung der Baugeschäfte verbürgt; daß die großen, durch die Kriegsinindustrie reichgewordenen Unternehmer ihre Pläne für den Bau von Arbeiterwohnungen fertig haben (man denke mit gemischten Gefühlen daran. D. W.); daß nirgends einer dem andern entgegenarbeitet; daß das ganze Werk nach einheitlichem Plan in Angriff genommen wird.

Für diese ungeheuer wichtigen Vorarbeiten fehlt der Verfasser kaum mehr als einzelne Ansätze vorhanden. Aber selbst nach ihrer Bewältigung komme man ohne ein Probatorium für die ersten Monate nicht aus. Die heimkehrenden Massen gilt es sofort unterzubringen. Dabei gehe es ohne einen notgedrungenen gewissen Zwang und eine gewisse Freiheitsbeschränkung nicht ab. Für die jüngsten Jahrgänge, soweit sie nicht in das Haus ihrer Angehörigen zurückkehren können, und für die Unberühmten können für eine Uebergangswelt, soweit andere Wohngelegenheiten fehlen sollten, die Kasernen in Betracht — unter Ausschaltung jedes militärischen Zwanges. Es ist angeregt worden, auch die Gefangenenlager für die Unterbringung wohnungsloser Krieger bereitzustellen. Den Gedanken bemerkt der Verfasser, schon aus psychologischen Bedenken. Wenn es nötig werde, diese Lager mitzubehalten, so kämen sie eher für die unter den Waffen zurückgehaltenen Jahrgänge und die neu eingezogenen Soldaten für die Zeit des Probatoriums in Frage. Aber diejenigen Industriewerte, die nach Lage der Dinge sogleich nach Friedensschluß größere Massen von Arbeitern aufnehmen können, hätten Barackenlager bereitzuhalten, die natürlich den Ansprüchen der Hygiene und Sicherheit genügen sollen.

Den Verheirateten und allen übrigen Wohnungsuchenden sei eine Wohnungsbewertung unter Leitung der Ortsbehörde zur Seite zu stellen. Sie habe sich vor dem Friedensschluß einzuarbeiten. Nicht nur durch Statistiken, sondern durch persönlichen Einblick müsse sie ein genaues Bild über die Lage gewonnen haben. Wo für den Anfang Wohnungen heranzuziehen sind, die nicht mehr auf der Höhe der Anforderungen stehen, muß sie die notwendigen Änderungen ergreifen können; sie muß die großen leerstehenden Wohnungen der Unterbringung kleinerer Familien nutzbar machen; sie muß bei der Gestaltung der Mietpreise mitwirken, ihre willkürliche Steigerung und jegliche Ausbeutung der Notlage einzelner durch die Hausbesitzer unterbinden können; sie muß die allmählich leer werdenden Lazarette für die Unterbringung der Heimkehrenden nutzbar machen. Ein Stab von sachverständigen Arbeitskräften — auch weiblichen — und weitgehende Rechte der Wohnungswächter sind hierzu die Voraussetzung.

Mit solchen Vorschlägen weist der Verfasser nicht das Wohlgefallen der meisten der Hausbesitzer, die am

liebsten die Konjunktur ausnützen und die Regelung der Dinge dem für sie günstigen Spiel von „Angebot und Nachfrage“ überlassen sehen möchten.

Mit der Frage der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses berührt sich die der Ernährung. Es darf keine Entlassung von Truppen stattfinden, ohne daß die Frage der Lebensmittelüberführung reguliert ist. Den Regimentern, Bataillonen und Kompagnien müssen die Probiantkolonnen mit den Lebensmitteln auf dem Fuße folgen, und bei der Mannschaftsentlassung muß die Zufuhr der Lebensmittel aus den Probiantämtern in die städtischen Lebensmittelämter der Zentren, wo die entlassenen Mannschaften wieder zusammenströmen, geordnet sein. Zugleich aber muß Vorkehrung für die Ordnung der Verteilung von da aus im Lande getroffen sein. Das erste ist Sache der Regierung mit den Militärbehörden, das zweite wird Sache der Kommunen sein. Es ist anzunehmen, daß zunächst die fortgesetzte Rationierung der Lebensmittel noch unumgänglich ist, und daß die Massenpeisung noch eine erhebliche Rolle spielen wird. Das mag darüber trösten, wenn hier und da Einrichtungen der Massenpeisung jetzt nicht voll ausgenutzt werden, sie werden in der Zeit des Ueberganges noch eine erhebliche Rolle spielen.

Aber von höherer Bedeutung noch als die Wohnungs- und Ernährungsfrage ist die Frage der Ueberführung der Heimkehrenden in Beruf und Verdienst. Soweit wie möglich und wie die Wünsche reichen, soll das eine Rückführung in den alten Beruf und so möglich in die alte Arbeitsstätte sein. Aber die völlige Erreichung dieses Zieles wird ein unerfüllbares Ideal bleiben. Daneben steht der Verfasser ein bemerkenswertes psychologisches Hindernis zu überwinden. Viele der Kämpfer kehren mit der tiefen Ueberzeugung heim, sie hätten nun ein besseres Los verdient, als an ihre alte Arbeitsstätte zurückzukehren. Gewiß gibt es auch deren genug, die kein schöneres Los vor Augen haben, als ihre alte Arbeit wieder aufzunehmen. Aber die Zahl der Andersdenkenden solle man nicht unterschätzen. Da gelte es für Staat und Arbeiterorganisation, für Arbeitsnachweis, Berufsberatung und alle Freunde des Volkes „das hohe Lied von der Arbeit und vom Beruf“ zu singen, „zu räumen vor dem unenlichen Wert, der in der Arbeit ruht“. „Schließlich ist es aber Sache des Staates und der Gesamtheit des Volkes, mit allen Mitteln, auch mit solchen der Gewährung der politischen Rechte, die Achtung vor der Handarbeit, das Ansehen der unteren Volksschichten zu heben.“

Bei den Unternehmern kommt es viel darauf an, ob sie den Willen haben, einen Teil ihrer eingelernten Kriegsarbeiterschaft wieder aufzugeben, damit sie den Heimkehrenden Platz mache, obwohl vielleicht manche von ihnen bei der langen Kriegsdauer einen Teil ihrer Fertigkeit und ihrer Kraft verloren haben. Entlassungen und Verschiebungen der Arbeitskräfte, sowohl der Beschäftigten wie der Heimgekehrten, werden bei allem nicht zu vermeiden sein; das hebringt schon das Aufheben der Kriegslieferungen, das Umschaltungen, Verkleinerungen der Betriebe und ohne sofortigen Ersatz auch Einstellung der Produktion zur Folge hat. Die Berufsberatung und Arbeitsvermittlung muß für alle Fälle so ausgebaut und im besonderen vorbereitet sein, daß sie den denkbar erträglichsten Ausgleich herbeizuführen imstande ist.

Daneben steht die Frage der Ausbildung und Wiedergewinnung der Kriegsberlebten für einen passenden Beruf, damit sie selbst sich wiederfinden und keine Menschenkraft brach liegen bleibt. Und dann die Schaffung der neuen Existenzgrundlage für alle Industriekunden: Aufträge, Rohstoffe, Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Weiterverfolgung der Erfahrungen und neuen Wege im eigenen Land, die der Krieg uns beigebracht und gezeigt hat. Es würde den Rahmen dieses Artikels weit überschreiten, referierenweise auch nur das Wichtigste wiederzugeben, was der Verfasser hierüber sagt. Noch einmal: Die Wozsäure — auch sie — gibt in padender und gedrängelter Zusammenfassung einen Nachsatz, wieviel Zeitgemähes und direkt Notwendiges allein die Frage der Demobilisation zu lösen gibt. Diese Dinge zu sehen — und das ist wichtig — muß auch bei dem Laien unter uns den überzeugenden Eindruck hinterlassen, daß wir uns den Luxus zügellosen Zivelpalles in der Bewegung nicht leisten können, wenn wir es nicht bitter büßen wollen.

Verbandsnachrichten.

Unsere Lohnbewegungen.

Neue Schiedssprüche, betreffend Däneberg und Krümmel, und die Unternehmer. Die in Däneberg beschäftigten baugewerblichen Arbeiter beanspruchten bekanntlich ebenfalls die im April dieses Jahres unter Vermittlung der Regierung vereinbarte Feuerungszulage von 15 % pro Stunde. Ein Schiedsgericht, das sich auf Grund der für die fraglichen Arbeiter gültigen Tarifverträge am 26. Mai mit der Angelegenheit zu befassen hatte, entschied indes dahin, daß die vor der Vereinbarung bereits gewährte Fabrikzulage von 11 % pro Stunde auf die Feuerungszulage von 15 % angerechnet und somit nur eine weitere Zulage von 4 %, rückwirkend vom 27. April, zu bezahlen sei. (Vergleiche den in Nr. 22 des „Zimmerer“ abgedruckten Schiedspruch.) Trotz dieses Schiedsspruches hielten die Arbeiter ihren Anspruch aufrecht. Sie stützten sich darauf, daß die Fabrikzulage von 11 % von den Werken gezahlt werde, während doch die Kriegsteuerzulage von 15 % vom Reich erstattet werden solle und deshalb auch die Arbeiter Anrecht darauf hätten. Die Folge war, daß sie den Beschluß faßten, eine neue Lohnforderung zu stellen, die sie auf 20 % pro Stunde festsetzten. Da eine Durchsetzung dieser Forderung auf dem Wege der Verständigung mit den Arbeitgebern nicht gut möglich schien, wurde von Arbeiterseite der Schlichtungsausschuß, den § 9 des Gesetzes über den vorkrieglichen Dienst vorsteht, angerufen. Dieser traf nachstehende Entscheidung:

Entscheidung des Schlichtungsausschusses in Sachen des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Hamburg und Umgegend, gegen den Baugewerbeverband zu Hamburg, betreffend Lohndifferenzen in Däneberg.

Der Schlichtungsausschuß entschied nach Anhörung des als Zeugen geladenen Herrn Major von Oden und dessen Erklärung, daß die . . . zulage von 11 % auch jetzt noch weiter von der Fabrik gezahlt wird und nicht auf die vom Reich bewilligten 15 % in Anrechnung gekommen ist, daß also tatsächlich vom Reich nur 4 % erstatt 15 % getragen werden,

daß der Arbeiterschaft die vollen 15 % rückwirkend ab 27. April dieses Jahres als Zulage zu zahlen sind, außer der von der Fabrik bezahlten . . . zulage von 11 %.

Die Entscheidung wird auf Antrag des Deutschen Bauarbeiterverbandes auch auf die Fabrik Krümmel ausgedehnt.

Hamburg, den 31. Juli 1917.

Mathies, Vorsitzender des Schlichtungsausschusses.

Gegen diese Entscheidung hatte der Baugewerbeverband zu Hamburg aus formalen Gründen Einspruch erhoben, weil er seitens des Schlichtungsausschusses nicht zur Verhandlung geladen war. Am 8. August hatte sich deshalb der Schlichtungsausschuß erneut mit der Angelegenheit zu befassen. Diese Verhandlungen zeitigten das nachstehende Ergebnis:

Entscheidung des Schlichtungsausschusses in Sachen des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Hamburg und Umgegend, gegen den Baugewerbeverband zu Hamburg, betreffend Lohndifferenz in Däneberg.

Nach Anhörung der Arbeitgebervertreter und Verhandlung bleibt der Schlichtungsausschuß bei seiner Entscheidung vom 31. Juli dieses Jahres; nämlich, daß durch die Auslagen des Herrn Major von Oden die Angelegenheit vollkommen geklärt, und da die . . . zulage von 11 % nach wie vor von den Fabriken gezahlt wird, die volle Reichsteuerzulage von 15 % den Arbeitern zu gewähren und von den Unternehmern mit dem Reich zu verrechnen ist.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses.

Hamburg, den 8. August 1917.

Mathies, Vorsitzender des Schlichtungsausschusses.

Auf Anfrage von Arbeiterseite erklärte der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses noch, daß diese Entscheidung endgültig sei, eine Berufung dagegen gebe es nicht. Er empfahl den Unternehmern, die Beträge nachanzahlen, damit weitere Differenzen vermieden würden. Demgegenüber stellte sich jedoch der Unternehmervertreter auf den Standpunkt, daß die Unternehmer es noch wie vor aus prinzipiellen Gründen ablehnen würden, zu bezahlen. Trotzdem hier also zwei ordnungsmäßig ergangene Entschlüsse vorliegen, die nicht berufungsfähig, sondern endgültig sind, blieben die Unternehmer unter Führung des Baugewerbeverbandes zu Hamburg, bei ihrer ablehnenden Haltung, aus „prinzipiellen Gründen“. Die im Frage kommenden Mitglieder des Bauarbeiter- und unseres Verbandes (letzterer ist wohl nur infolge eines Besehens in den Entscheidungen nicht genannt) beharrten jedoch energisch auf Erfüllung dessen, was ihnen durch die Entscheidungen zugestimmt wird. Sie hatten die Unternehmer wissen lassen, daß sie am 11. August die Zahlung der fälligen Zulage sowohl als auch die Nachzahlung erwarteten. Die Unternehmerorganisation muß aber wohl gegenteilige Anweisung ergangen lassen haben; denn jegliche Zahlung der Zulage unterblieb. Die Unzufriedenheit der Arbeiter wurde dadurch aufs Höchste gesteigert. Durch Vermittlung ihrer Organisationsleitungen bewirkten sie eine Verhandlung mit den Fabrikleitungen, dem Kriegsamt und dem Schlichtungsausschuß, die am 14. August stattfand. Hier wurde folgende Vereinbarung getroffen, die von einer am selben Abend im Gewerkschaftshaus zu Hamburg stattgefundenen Besammlung einstimmig gutgeheißen wurde:

„Die Dynamit-Aktien-Gesellschaft vormals Alfred Nobel & Co., Hamburg, und die Vereinigten Edin-Kottweiler Pulverfabriken erklären, daß sie von den den Unternehmern aufstehenden Forderungen so viel einbehalten werden, um die Forderungen der Arbeiter auf Zulage der 11-%-Zulage seit dem 27. April dieses Jahres zu decken.

Von den so einbehaltenen Beträgen werden die genannten Gesellschaften die laufende Zulage seit dem 31. Juli dieses Jahres zum nächsten Lohnzuge zur Auszahlung bringen. Für die rückständigen Zulagen für die Zeit vom 27. April bis zum 31. Juli werden die Beträge bei den Gesellschaften einbehalten, so daß den Arbeitern damit eine Sicherheit gegeben ist, daß die Auszahlung unter allen Umständen erfolgt.

Die Auszahlung der Zulage für die Zeit vom 27. April bis 31. Juli wird spätestens am 31. August dieses Jahres erfolgen.

Diejenigen Metallarbeiter, die bei den Bauten beschäftigt sind, sollen entsprechend behandelt werden, und soll auch diesen also für die Zeit vom 27. April ab die Zulage bezahlt beziehungsweise sichergestellt werden.“

Diejenigen Kameraden, die nach dem 27. April dieses Jahres in Däneberg oder Krümmel beschäftigt waren, zurzeit aber dort nicht mehr in Arbeit stehen, müssen ihre Forderung auf Nachzahlung der 11 % Zulage pro Arbeitsstunde unter genauer Angabe der gearbeiteten Stunden und ihrer jetzigen Adresse an den Unternehmer, bei dem sie dort gearbeitet, schriftlich einreichen. Wer sein Geld dann nicht erhält, übersende dem Vorsitzenden der Zählstelle, Aug. Lehmann, Hamburg, Waisenbinderhof 56, Hinterhaus, 1. Stod, eine Vollmacht zur Einkassierung des Geldes.

Die Feuerungszulage auf der Insel Rügen. Die Unternehmer in Bergen, Warz und Sahnitz zahlten bisher nur 5 % Zulage pro Stunde. 15 % wollten sie erst dann zahlen, wenn sie von amtlicher Stelle dazu aufgefordert

würden. Unsere Gauleitung in Stettin hat nun den zuständigen Schlichtungsausschuß Straßund angerufen und dessen Vermittlung erbeten. Inzwischen ist aus Saßnitz mitgeteilt worden, daß dort ab 27. Juli die volle Feuerungszulage von 15 % gezahlt wird. Nachzahlung ist jedoch nicht geleistet.

Zur Feuerungszulage in Lüdingen. Die erneute Eingabe der Unternehmer (vergleiche die Notiz in Nr. 32/33 des „Zimmerer“ laufenden Jahrganges) hat, wie unserer Gauleitung in Stuttgart mitgeteilt worden ist, den Gemeinderat in Lüdingen am 11. August beschäftigt mit dem Ergebnis, daß die Tagelohnsätze und Materialpreise in den städtischen Preislisten entsprechend erhöht sind, „in der Erwartung, daß die den Bauern und Zimmerern bewilligte Feuerungszulage von 15 % pro Stunde diesen von den Arbeitgebern tatsächlich auch bezahlt wird“.

Nachdem bereits eine Erklärung der Unternehmer vorliegt, wonach der Bezahlung der Feuerungszulage nichts entgegensteht, wenn sich die Stadtverwaltung den Vereinbarungen vom 26. April anschließt, dürfte die Angelegenheit als erledigt anzusehen sein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Darmstadt. Am 30. August dieses Jahres sind seit der Gründung unserer Zahlstelle zwanzig Jahre verfloßen. Schon vor dieser Zeit hatten sich die Zimmerer von Darmstadt und den umliegenden Orten, die in normalen Zeiten ihren Erwerb größtenteils hier finden, verschiedene Male zur Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammengefunden. In den Jahren 1884 bis 1886 bestand eine Zahlstelle mit 60 Mitgliedern. Der Stundenlohn betrug 28 $\frac{1}{2}$. 1890 und 1891 bestand wieder eine Zahlstelle mit 27 Mitgliedern; der Stundenlohn betrug 26 $\frac{1}{2}$. Für 1896 werden in der Verbandsstatistik 33 Mitglieder mit 30 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn aufgeführt. Niemals war es den leitenden Personen möglich gewesen, nach einer erfolgreichen Lohnbewegung die Mitglieder zusammenzubalten. Die Unternehmer übten rücksichtslos ihren Einfluß aus. Zum größten Teile trugen jedoch die Zimmerer durch ihre sonderbaren Ansichten über die Aufgaben der Arbeiterbewegung dazu bei, um die wiederholten Neugründungen zur Auflösung zu bringen. Erst die Gründung der Zahlstelle am 30. August 1897 setzte festen Fuß, und ist es dank der Opferwilligkeit einiger Kameraden möglich geworden, die Zahlstelle so zu kräftigen, daß sie für alle Zeiten die Interessen ihrer Mitglieder mit Erfolg wahren und vertreten kann. Bereits im Jahre 1898 brachte ein einwöchiger Streik eine Erhöhung des Lohnes um 8 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, von 32 auf 40 $\frac{1}{2}$, während es 1899 nur eines Tages bedurfte, um abermals die Erhöhung des Stundenlohnes auf 42 $\frac{1}{2}$ zu erreichen. Besonders hart war der Streik im Jahre 1904. Am 7. Juni wurde die Arbeit eingestellt. Der Streik endete am 15. August mit dem Vertragsabschluss für das mitteldeutsche Arbeitsgebiet, der in Frankfurt a. M. zustande kam und auf vier Jahre Gültigkeit hatte. Der Stundenlohn kam für das laufende Jahr auf 44 $\frac{1}{2}$, im nächsten Jahre auf 45 $\frac{1}{2}$ und im Jahre 1906 auf 46 $\frac{1}{2}$. Damit war das selbständige Vorgehen der Zahlstelle zu Ende. Im Jahre 1908 kam es in Frankfurt a. M. wiederum zu Verhandlungen und zum Tarifabschluss, der nicht befriedigen konnte. Im Jahre 1910 kamen wir mit in die große Aussperrung; in dieser, die zehn Wochen dauerte, konnten uns jedoch die Unternehmer ihren Willen nicht aufzwingen; der Stundenlohn kam auf 48 $\frac{1}{2}$ und stieg bis zum Jahre 1912 auf 52 $\frac{1}{2}$. Das Jahr 1913 brachte uns die neunmonatshaltige Arbeitszeit und 54 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, der im Jahre 1914 auf 55 $\frac{1}{2}$ und im Jahre 1915 auf 58 $\frac{1}{2}$ stieg. Bekanntlich ist der Tarifvertrag während der Kriegszeit schon zweimal erneuert und sind zu den bestehenden Löhnen je 10 % und 15 % Feuerungszulage, zusammen also 25 %, vereinbart worden.

Bei Beginn des Krieges, am Schlusse des zweiten Quartals 1914, zählte die Zahlstelle 196 Mitglieder. Bis zum Schlusse des zweiten Quartals 1917 sind eingetreten, zugereist und vom Militär zurückgemeldet 123 Mitglieder. Jetzt befinden sich beim Militär 118 Mitglieder, während 62 zahlende Mitglieder vorhanden sind. 7 Kameraden konnten trotz wiederholter Aufforderung den Weg zur Organisation nicht wiederfinden, obwohl sie beziehungsweise ihre Familien während ihrer Militärdienstzeit an der Verbandskasse Unterstützungen in Höhe von M. 15 bis M. 47 erhielten. 9 Kameraden sind den Geldentlohn gestorben.

Die Einnahmen und Ausgaben für die Zahlstelle während der drei Kriegsjahre schließen mit M. 10 588,19 ab. Auch die Lokalkasse schließt während der Kriegszeit verhältnismäßig günstig ab. Zu Beginn des Krieges betrug der Bestand M. 760,92. Trotz vermindertem Einnahme und erhöhter laufender Ausgabe sowie Zahlung von lokalen Zuschüssen an Kriegsteilnehmer usw. im Betrage von M. 706,55 war am 1. Juli 1917 ein Lokalkassenbestand von M. 1080,61 vorhanden.

Ungemein schwer hält es gegenwärtig, die Agitation in der gewöhnlichen Weise zu betreiben. Zunächst sind es die weit auseinanderliegenden Kriegsbauten, an welchen die Kameraden arbeiten, die das Einberufen von Versammlungen zur Unmöglichkeit machen; dann gibt es Fälle, wo die Kameraden nur alle drei bis vier Wochen nach Hause kommen. Hierdurch geht immer viel Zeit verloren, bis in der gewöhnlichen Weise eingesetzt werden kann. Im weiteren kommt hinzu, daß sich in die notwendigsten Arbeiten nur ein bis zwei Personen teilen, da der größte Teil auch jetzt in den umliegenden Bezirken wohnt. Deshalb muß jeder einzelne Kamerad bei jeder sich bietenden Gelegenheit, sei es auf der Arbeitsstelle, in der Bahn usw., sich seiner Pflicht der Organisation gegenüber bewußt werden und unablässig neue Mitglieder werben. Haben wir während der schwereren Kriegszeit unsere Daseinsberechtigung bewiesen, so ist es nach Beendigung derselben keineswegs zuzulassen, wenn wir die Forderung erheben, nun auch in entsprechender Weise von dem Unternehmertum gewürdigt zu werden. Ehrenpflicht jedes Kameraden muß es sein, nach Kräften mitzuarbeiten.

Hamburg und Umgegend. Unsere Zahlstellenversammlung am 15. August im Gewerkschaftshaus erlebte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der seit der letzten Versammlung gefallenen und gestorbenen Kameraden. Gefallen sind Heinrich Paad vom Bezirk 7 und Gottfried Höpner vom Bezirk 2. Hier verstorben sind Richard Ahrens, Louis Hauschild und Wilhelm Ulrich in Harburg, ferner Johann Stehle vom Bezirk 9. Nach der von Lehmann erstatteten Abrechnung stellten sich Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse auf M. 16 244,35. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von M. 3930,35, an Ausgabe M. 4189,17; mithin eine Mehrausgabe von M. 258,82. Der Bestand der Lokalkasse beträgt M. 63 759,13, die Mitgliederzahl 755. Nach einer kurzen Erläuterung einzelner Positionen der Abrechnung wurde der Kassierer entlassen. Zu dem Antrage des Bezirks 2 auf höhere Entschädigung für die Bezirkskassierer lag ein Antrag des Vorstandes vor, den Kassierern außer den bisher gezahlten 4 pZt. für jede verbrauchte Marke 2 $\frac{1}{2}$ Feuerungszulage zu gewähren. Nach längerer Debatte gelangte ein Antrag Reimers zur Annahme, wonach die Kassierer eine Feuerungszulage von 2 pZt. erhalten. Desgleichen wurde ein Antrag angenommen, wonach den Bezirkskassierern von den im Bureau kassierten beziehungsweise von der Familienunterstützung in Abzug gebrachten Beiträgen die Entschädigung von 4 pZt. nachträglich vergütet wird. Sodann wurde über die Verhandlungen, betreffend Errichtung eines Facharbeitsnachweises, berichtet und einige Anträge hierzu beraten und angenommen. In der Sachauschuss, der aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitern besteht, wählte die Versammlung den Kameraden Koppkeiß und als Stellvertreter Köpnap. Der Sachauschuss wird zunächst die Einrichtungen für den Nachweis zu treffen haben. Lehmann und Köpnap berichteten noch über die Verhandlungen für Düneberg und Krümmel. (Das Ergebnis finden unsere Leser unter „Unsere Lohnbewegungen“ veröffentlicht. Die Redaktion.) Ferner wies Lehmann noch auf das im „Zimmerer“ 32/33 abgedruckte Rundschreiben des Baugewerbeverbandes Hamburg hin, die Erteilung von Abrechnungen betreffend. Von 50 Funktionären waren 33 anwesend. Entschuldigt fehlten Gebert, Dehnen, Allenstein, Duhn, Jensen, Deising, Persfink, Läger und Michaelis. Unentschuldig fehlten Jäger, Durmeißter, Schwarz, Stopp, Drechsler, Kessler, Möller und Stenzel.

Wien. Am 11. August fand gleich nach Feierabend eine Vorstand- und Vertrauensmännerziehung statt. Leider waren die Kameraden nicht vollständig erschienen, weil sie auswärts arbeiten. Der Kassierer gab die Abrechnung vom zweiten Quartal 1917 bekannt und führte aus, daß man das zweite Quartal für gut annehmen könnte. Die Mitgliederzahl stieg von 92 im ersten Quartal auf 130 im zweiten Quartal; eingetreten beziehungsweise wiederingetreten sind 34, zugereist und vom Militär entlassen 22, gestrichen 1; abgereist beziehungsweise zum Militärdienst eingetreten 17. An Marken wurden verkauft: 30 Eintrittsmarken je 50 $\frac{1}{2}$ und 4 je M. 1,50, an Beitragsmarken 1403, Krankenmarken 67. Davon hatte die Hauptkasse eine Einnahme von M. 1026,85; gesandt wurden in bar M. 309,85, in Quittungen (Familienunterstützung) M. 678; ferner hatte die Lokalkasse ein Guthaben von M. 39. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme inklusive Bestand von M. 2335,78; davon waren auf der Sparkasse M. 1300, M. 500 an der hiesigen „Volkszeitung“ und M. 100 am Volkshaus angelegt. In bar waren vorhanden M. 197,05; es verblieb mithin am Schlusse des zweiten Quartals ein Kassenbestand von M. 2097,05. Die Revisoren, welche die Abrechnung revidiert und mit den Büchern verglichen hatten, fanden alles für gut, so daß dem Kassierer Entloftung erteilt wurde. Dann verlas der Kassierer ein Schreiben vom Hauptvorstand, worin mitgeteilt wird, daß an drei Mitglieder M. 74 Familienunterstützung zu viel respektive zu Unrecht ausgezahlt worden sind. Da von diesen drei einer gefallen ist, wurde beschlossen, diesen Betrag von der Lokalkasse zu tragen; von den andern beiden, welche zurzeit in Arbeit stehen, soll der Betrag zurückgefordert werden. Ferner wurde die Wiederaufnahme des Kameraden Millan in seine alten Rechte gutgeheißen, da sie der Hauptvorstand bereits genehmigt hatte. Auch wurde ein Schreiben des Gauleiters verlesen und den Kameraden zur Kenntnis gebracht, daß die Kriegszulagen an Poliere und Bechtelne zu zahlen sind; die Kameraden mögen die letzte Nummer des „Zimmerer“ studieren, wo das Schreiben zum Abdruck gekommen ist. Von der Abhaltung einer Versammlung wurde Abstand genommen, da immer viele Kameraden auswärts arbeiten, und soll von dieser Seite die Anregung gemacht werden. Unter „Verschiedenes“ wurde hervorgehoben, daß sich noch immer vom Militär Entlassene von den Beiträgen drücken. Diesen Kameraden soll mitgeteilt werden, daß sie als gestrichen zu betrachten sind, wenn sie sich nicht innerhalb 14 Tagen als vom Militär entlassen angemeldet haben.

Saarbrücken. Am 5. August tagte eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: Abrechnung vom zweiten Quartal; Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Kassierer verlas den Kassenbericht. Die Einnahmen für die Zahlstelle betragen M. 484,50 und M. 500 für Familienunterstützung. Die Ausgabe betrug für Familienunterstützung M. 572. In bar wurden an die Zahlstelle M. 412,75 gesandt. Die Lokalkasse hatte eine Bestandszunahme von M. 178,11 auf M. 214,21. Der Mitgliederbestand vom ersten Quartal betrug 84; er hat sich auf 100 erhöht. Leider mußten im Quartal fünf Kameraden wegen Schulden gestrichen werden. Dieser Verlust wurde aber ersetzt durch 30 Neuaufnahmen, wozu der Bezirk Neunkirchen 17 Kameraden beigetragen hat. Die Revision hatten die Abrechnung für richtig befunden. Der Kassierer wurde auf Antrag entlassen. Dann hielt der Gauleiter Schilling einen belehrenden Vortrag über: „Die Aufgaben unseres Verbandes im vierten Kriegsjahre“. Er ermahnte die Kameraden, auch in diesem Jahre treu zu unserer Organisation zu halten. Auch wies er auf die Aufgabe, die Sammelheften für uns wieder zu gewinnen. Zum Schlusse behandelte er noch das Arbeiterschutzgesetz, das jetzt überall so wenig beachtet wird. Der Vortrag wurde seitens der Kameraden mit Beifall aufgenommen. In einer lebhaften Aussprache über die jetzige Feuerung wurde man sich einig, für die Erhöhung

des Lohnes einzutreten. In einzelnen Geschäften stoßen wir auf Widerstand, da dort eine Anzahl Unorganisirter beschäftigt ist. Es ist unsere Aufgabe, diese für unsere Sache zu gewinnen. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen, worauf die von 20 Kameraden besuchte Versammlung geschlossen wurde.

Am 13. August hielten die bei der Firma Weß & Freitag in Böllingen beschäftigten Kameraden eine Platzversammlung ab, in welcher die auf dem Bauplatz herrschenden Mißstände besprochen wurden. Es wurden drei Kameraden gewählt, die bei der Bauleitung vorstellig werden sollen. Falls die Mißstände durch diesen Schritt nicht beseitigt werden, soll eine Eingabe an das Kriegsernährungsamt gemacht werden. Auch wurde über schlechte Behandlung seitens des Poliers geklagt, wogegen ebenfalls Schritte unternommen werden sollen. Kamerad Held ermahnte am Schlusse die Anwesenden, treu zusammenzuhalten; denn nur, wenn wir geschlossen vorgehen, können wir etwas erreichen und die herrschenden Mißstände beseitigen.

Literarisches.

Im Verlag von J. G. B. Diez Nachf., G. m. b. H. in Stuttgart, ist soeben erschienen: **Marxismus, Krieg und Internationale.** Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus vor und nach dem Weltkrieg. Von Dr. Karl Renner, Mitglied des österreichischen Reichsrats. XII und 384 Seiten. Oktav. 59. Band der Internationalen Bibliothek. Preis broschiert M. 4, gebunden M. 6.

Das vorliegende Werk macht den Versuch, aus dem unerquidlichen Parteistreit heraus zu neuer Geschlossenheit der Sozialdemokratie zu leiten; man kann nur wünschen, daß ihm das gelingt. In der Vorrede heißt es unter anderem: „Geboren wurden diese Studien aus der leidenschaftlichen Empfindung des geistigen Wirralls, in das die Arbeiterchaft der Welt durch den Krieg verstrickt worden ist, und aus der unerquicklichen Ueberzeugung, daß ihr einzig und allein marxistische Forschung Weisheit schaffen kann. Mögen diese Blätter dazu dienen, die ganze Fülle neuer Aufgaben, die dem Marxismus gestellt sind, aufzurollen! Den Leser jedoch, der nicht als Theoretiker an das Buch herantritt, soll die populär-wissenschaftliche Darstellung über den ganzen Umfang der in der Sozialdemokratie durch den Krieg aufgeworfenen Probleme orientieren.“

Versammlungsanzeiger.

- Dienstag, den 4. September:**
Wittersfeld: Im Restaurant „Hohenjollern“. — Langensalza: Im „Oberen Felsenkeller“. — Spremberg: Bei Lämmel, Pfortengstr. 14.
- Mittwoch, den 5. September:**
Hottb.: Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei O. Baumann, Dockenhuden.
- Freitag, den 7. September:**
Cassel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlstraße 17. — Düsseldorf: Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Volkshaus, Flingerstraße 17/19.
- Sonntag, den 8. September:**
Rulmbach: Nach Feierabend bei Hans Hoh, Friedhofstraße.
- Sonntag, den 9. September:**
Eindau: Vormittags 10 Uhr im Gasthaus „Zur Linde“. — Rendsburg: Nachmittags 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im „Kaiserhof“.

Anzeigen.

Alle Anfragen usw. in Zahlstellenangelegenheiten sind von jetzt ab an untenstehende Adresse zu richten.
E. Schuchmllski,
Potsdam, Victoriastraße 77.

Verkehrslokale, Herbergen usw.

- (Jahresrate unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten A. 3, jede weitere Zeile A. 2 mehr. Freigekaufte werden nicht beantwortet.)
- Berlin.** Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg.: 80, Engelstraße 16, 3. St., Zimmer 60. Fernsprecher Amt Wirtzplatz, Nr. 3788. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.
 - Chemnitz.** Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Hofmann“, Zwickauer Straße 152, 1. St., Zimmer 16. Herberge bei Herberglöcher, Volkshaus und „Mauische Bierhalle“, Gaisner 41. Zureisende Kollegen sind verpflichtet, ihre Mitbringer, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11—1 Uhr und nachm. 5—7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Dormmund.** Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Beffingstraße 32. Zureisende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umschau verboten.
 - Hamburg.** Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Besenbinderhof 54, Hinterhaus, 1. Stod. Telefon: Gr. 4, 4428. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umg. sind hier zu melden. Zureisende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umsehen, sich im vordienstbestimmten Bureau zu melden. Weiterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt.
 - Hamburg-St. Georg.** Verkehrslokal für Bezirk 4 bei Eduard Stoppel, Poststraße 60. Telefon: Gr. 3, 2684. Jeden Sonntag, vormittags von 9 bis 11 Uhr, Beitragsentgegennahme. Versammlungslokal der Zentraltranskassen der Zimmerer.
 - Hamburg-Eimsbüttel.** Albert Lemke, Verkehrslokal, Wellenstraße 46. Jeden Sonntag ab 9 Uhr. Jeden letzten Sonntag im Monat ab 9 Uhr abend. Verkehrslokal der Zentraltranskassen. Telefon: Gr. 6, 3782.
 - Hamburg-Winterhude.** Verkehrslokal bei Peter. Schmidt, Marktplatz 16. Telefon: Gr. 6, 1792. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat.
 - Mannheim.** Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. 4, 9., 3. St., Zimmer 10 und 11. Telefon 5276. Arbeitsnachweis hofiselt. Sprechstunden täglich von 7 bis 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Arbeitslose haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden.
 - München.** Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pfalzstraße 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. Stod., Zimmer 61. Telefon 61 030. Sprechstunden: Vormittags von 10 bis 12 Uhr, abends (Montags und Freitags) von 5 bis 7 Uhr, Samstags von 8 bis 1 Uhr ununterbrochen. Arbeitslosenmeldung von 10 bis 12 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glockenberg 10.